

# Offener Brief an Bundeskanzler Schröder

## Initiative zur Einführung einer Devisenumsatzsteuer

**Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,**

die Integration der internationalen Kapitalmärkte stellt die Politik vor neue Herausforderungen. Besonders die Häufung von Finanz- und Währungskrisen mit schwerwiegenden ökonomischen, sozialen und politischen Folgen hat die Schattenseiten der Liberalisierung des Kapitalverkehrs unübersehbar werden lassen.

Die wachsende Instabilität des globalen Finanzsystems ist nicht zuletzt auf die Zunahme des kurzfristigen grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs zurückzuführen. Dies haben auch u.a. der IWF, das Financial Stability Forum und das Finanzministerium in ihren Analysen konstatiert. Um diese kurzfristigen und zum Teil spekulativen Kapitalströme zu reduzieren und damit das Weltfinanzsystem zu stabilisieren, ist eine Devisenumsatzsteuer nach Meinung vieler Experten eine geeignete Maßnahme. Sie dämmt kurzfristige Transaktionen ein, ohne die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte als solche zu beeinträchtigen. Dadurch wird der Politik zusätzlicher Handlungsspielraum verliehen und nicht zuletzt den besonders verwundbaren Volkswirtschaften der Entwicklungs- und Schwellenländer geholfen.

Aufgrund der Formalisierung des internationalen Zahlungsverkehrs ist die Erhebung der Steuer mittlerweile mit geringem Aufwand möglich. Somit ist ihre Einführung keine Frage der technischen Machbarkeit, sondern des politischen Willens.

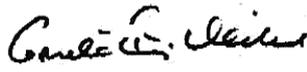
Vor diesem Hintergrund haben sich – neben zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen weltweit - über 600 Abgeordnete aus 30 Ländern der Welt, die kanadische und finnische Regierung, der indische Premierminister und erst kürzlich Parlament und Senat in Belgien für die Einführung einer Devisenumsatzsteuer ausgesprochen.

Die Bundesregierung hat mehrfach darauf hingewiesen, dass die Politik wieder einen größeren Handlungsspielraum gegenüber den Märkten zurück gewinnen muss. Die unterzeichnenden Organisationen bitten Sie deshalb, sich auf internationaler Ebene für die Einführung einer Steuer auf alle Devisenumsätze einzusetzen. Wir bitten Sie vor allem, bei der anstehenden Diskussion über dieses Thema während der belgischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2001 auf eine gemeinsame europäische Position zugunsten der Devisenumsatzsteuer hinzuwirken.

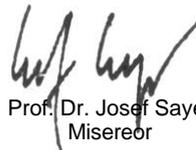
Mit freundlichen Grüßen,



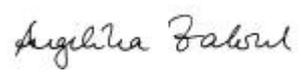
Lena Bröckl  
ATTAC Deutschland



Cornelia Füllkrug-Weizel  
Brot für die Welt



Prof. Dr. Josef Sayer  
Misereor



Dr. Angelika Zahrt  
BUND



Frank Bsirske  
Ver.di



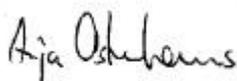
Klaus Zwickel  
1. Vorsitzender der IG Metall



Jürgen Peters  
2. Vorsitzender der IG Metall



Peter Mucke  
terre des hommes



Anja Osterhaus  
Kairos Europa



Peter Wahl  
WEED